

*erschienen in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fif.de*

Karl-Heinz Rödiger

Informatik und Gesellschaft¹

Vom Leben und Ableben eines unverzichtbaren Studiengegenstands

Wie alles anfang

Um die Ursprünge des Fachs Informatik & Gesellschaft (I&G) zu verstehen, muss man 75 Jahre zurückgehen, in die Zeit des Nationalsozialismus. In dieser Zeit (1934) wurde die damals Technische Hochschule Charlottenburg (Berlin) genannte Bildungsstätte von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet. Der Lehrkörper wurde auf Adolf Hitler vereidigt, jüdische Wissenschaftler und Studierende vertrieben. 1935 wurde die sogenannte Wehrtechnische Fakultät gegründet, deren Aufgabe es war, „eine genügend großen Zahl aktiver Offiziere auf einen möglichst hohen Stand des militärtechnischen Könnens zu bringen“ (Ebert & Rupieper 1979, S. 469), Rüstungsforschung zu betreiben sowie an der Aufrüstung der Wehrmacht mitzuwirken. Damit stand die TH Charlottenburg „an der Spitze der Bewegung ... , die zu der nationalsozialistischen Eroberung der

Universitäten und der höheren Bildungseinrichtungen führte“ (Ebert 1979, S. 465).

Um zu verhindern, dass sich Ähnliches in der Zukunft wiederholen könnte, um neben die technische Spezialisierung Allgemeinbildung zu setzen, entstand beim Wiederaufbau der TH Charlottenburg und bei der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs nach dem Krieg die Idee des „Humanistischen Studiums“. „Das beschränkte und unpolitische Spezialistentum, das die Technischen Hochschulen in der Vergangenheit für reaktionäre Bestrebungen und militärischen Missbrauch empfänglich gemacht habe, sollte eliminiert werden, der Ingenieur in die Lage versetzt werden, seiner Verantwortung gegenüber der menschlichen Gemeinschaft stärker als bislang nachzukommen“ (Brandt 1979, S. 513). Ziel des Humanistischen Studiums, das im Wintersemester 1948/49 aufgenommen wurde, war die „Heranbildung

eines guten Diplomingenieurs mit einer humanistischen Grundbildung“ (ibd.).

Hierzu mussten Studierende der Ingenieurwissenschaften zusätzlich zu ihrem fachwissenschaftlichen Studienplan 12 bis 16 Stunden in gesellschafts-, literatur- oder kunstwissenschaftlichen Fächern belegen und darin Übungsscheine erwerben bzw. Prüfungen ablegen. Da an der Humanistischen Fakultät – ihre Einrichtung verhalf der TH zum neuen Namen Technische Universität Berlin (TUB) – inzwischen Wissenschaftler von Rang lehrten, genannt seien hier als Beispiel der Literaturwissenschaftler Walter Höllerer und der Musikwissenschaftler Hans-Heinz Stuckenschmidt, war das Lehrangebot vielfältig und von hohem Niveau.

Dennoch regte sich bald auch Kritik: „Neben Stimmen, die eine stärkere Berücksichtigung der späteren Berufssituation forderten, standen studentische Vorwürfe ... statt das ‚Wesentliche‘ herauszuarbeiten, würde durch eine ‚ziellos und verzettelt erscheinende Reihe von Vorlesungen Halbbildung‘ vermittelt“ (Brandt 1979, S. 516). Das humanistische Studium wurde zunehmend als lästig und aufgesetzt empfunden (Arp 2001); vollends pervertiert wurde die Idee der humanistischen Grundbildung dann dadurch, dass die Studierenden vornehmlich zu jenen Veranstaltungen gingen, in denen die Leistungsnachweise vergleichsweise einfach zu erwerben waren. Mit dem Sommersemester 1968 wurde das Humanistische Studium schließlich abgeschafft.

Mit dem Berliner Universitätsgesetz vom 16.7.1969 und der darin verankerten Drittparität wurde den Fachbereichen an der TUB die Möglichkeit gegeben, gesellschaftliche Fragestellungen fachspezifisch zu behandeln. Diese Chance ergriffen vier Fachbereiche: Elektrotechnik (bis 1973), Verkehrswesen (bis 1978), Garten- und Landschaftsbau (bis 1976) und Informatik. Sie richteten Seminare ein und statteten sie mit Personal aus, das sich vordringlich mit Fragen der Auswirkungen der jeweiligen Disziplinen auseinandersetzte. Einzig überlebt hat – allerdings in veränderter organisatorischer Struktur – das Informatik-Seminar. Es war unzweifelhaft die erste Einrichtung, die sich mit Fragen von I&G befasste. Die Grundidee war zudem beispielgebend für die Einrichtung von I&G-Professuren an anderen Universitäten.

Etabliert wurde das Informatik-Seminar 1970. Eine „Gemeinsame Kommission zur Einrichtung des Studiengangs Informatik“ hatte die Aufgabe, im Rahmen des 1. Datenverarbeitungsprogramms der Bundesregierung (1967 bis 1970) auf der Grundlage der „Empfehlungen zur Ausbildung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung“ (BMWF 1968) das Lehr- und Forschungsgebiet Informatik und den entsprechenden Studiengang an der TUB aufzubauen. Die handelnden Personen waren Assistenten und Studenten der Mathematik und Elektrotechnik. Sie brachten in diese Kommission den Vorschlag zur Einrichtung eines sogenannten Informatik-Seminars ein, das die „Analyse der gesellschaftlichen Implikationen der in den Forschungsgruppen der Informatik betriebenen Technologie, Analyse des Berufsbildes und der Berufspraxis der Informatiker“ (Autorenkollektiv 1980, S. 128) zur Aufgabe haben sollte.

Hintergrund dieses Vorschlags war – wie schon ausgeführt – die Geschichte der TH Charlottenburg im Nationalsozialismus: Studierende sollten ihr Informatik-Studium nicht als *Fachidioten*

beenden, die sich nie mit den gesellschaftlichen Triebfedern und Wirkungen ihrer Disziplin beschäftigt haben. Maßgebend waren aber auch die eigenen Erfahrungen mit dem Humanistischen Studium: Gesellschaftswissenschaftliche Lehre sollte nicht abgehoben vom Fachstudium angeboten werden, sondern integriert in dieses. Im ersten Anlauf forderten die Antragsteller deshalb auch, dass jeder Fachvertreter in der Informatik die gesellschaftlichen Wirkungen in seiner Fachlehre mitbehandeln müsse. Erst als die Hochschullehrerseite glaubhaft machte, dass sie damit überfordert sei, da die Kompetenz hierzu fehle, entschlossen sich die Antragsteller zur zweitbesten Lösung, zur Eigenständigkeit des Lehr- und Forschungsgebiets I&G.

Im Wintersemester 1970/71 nahm das Informatik-Seminar an der TUB den Lehrbetrieb auf; es war zu der Zeit personell mit sieben Tutoren ausgestattet. Den Ideen der Studentenbewegung von 1968 verpflichtet, orientierte sich das Seminar zunächst an den Arbeiten von Karl Marx. Erste Arbeiten, die inhaltlich füllen sollten, was unter gesellschaftlichen Implikationen verstanden werden könnte, waren politökonomische Untersuchungen zur Rolle der Rechentechnik im kapitalistischen Produktionsprozess, zum Verhältnis von Arbeit und Computer, zum Computer im unmittelbaren Produktionsprozess etc. Parallel dazu setzte sich das Seminar mit Werken und theoretischen Ansätzen auseinander, die für die Informatik und deren gesellschaftlicher Wirkung bedeutsam erschienen, z.B. mit der Studie „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome oder mit Georg Klaus' kybernetischem Ansatz. Bis 1975 wurde ein ca. 200 Seiten umfassendes Skript zu den Lehrveranstaltungen in I&G erarbeitet (zum Inhalt und zur Struktur der Lehrveranstaltungen s. Autorenkollektiv 1980, S. 133 ff.).

Rückblickend mag man die eine oder andere Interpretation des Informatik-Seminars kritisieren. Eines kann man ihm aber nicht absprechen: Es war in Lehre und Forschung immer hochaktuell und auf der Höhe des wissenschaftlichen Diskurses. Will man die Arbeit dieses Seminars angemessen würdigen, darf man nicht unterschlagen, dass es sich in dieser Zeit (70er-Jahre) kontinuierlich mit den verschiedenen, in der Folge der Studentenbewegung entstandenen kommunistischen und sozialistischen Gruppierungen am Fachbereich auseinandersetzen musste, die alle die politische Oberhoheit im Informatik-Seminar erlangen wollten. Und es musste sich dauernd gegen Angriffe konservativer Hochschullehrer verteidigen, denen das Seminar ein Dorn im Auge war, und die die Personalstellen am liebsten in ihre jeweilige Forschungsgruppe vereinnahmt hätten. Inzwischen war dem Seminar auch eine Assistenten-Stelle zugebilligt worden. Die Auseinandersetzungen fanden ihren Höhepunkt 1976 nach dem Erlass eines neuen Hochschul-Rahmengesetzes, das die Drittparität in den Hochschulgremien aufhob.

Die Haltung der Berliner Informatik-Hochschullehrer orientierte sich offensichtlich mehrheitlich an der Auffassung von Adolf Butenandt, zu der Zeit Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, der da meinte, „Forschartätigkeit braucht nach der gesellschaftlichen Relevanz nicht zu fragen“ (zitiert nach Röbbcke 1997, S. 192). Dem hatte Hans Leussink, Wissenschaftsminister in der sozial-liberalen Koalition, schon 1971 seine Auffassung vom Auftrag der Wissenschaft entgegengesetzt. Er meinte, dass „Forschung nicht mehr losgelöst von den Folgen ihrer Anwendung, die sich daraus für die Gesellschaft ergeben, betrachtet und betrieben

werden kann“ (zitiert nach Röbbcke 1997, S. 192). 1978 beruhte sich das Verhältnis der Informatik-Professoren zum Informatik-Seminar; gegenseitige Toleranz war angesagt.

Vom kurzen Leben

In der Zwischenzeit hatten sich in Wien, an der Universität Dortmund und mit der Gründung eines Informatik-Studiengangs auch an der Universität Bremen 1978 ähnliche Initiativen und Ansätze zu einem Fach I&G gebildet. Getragen wurden diese Initiativen von Informatikern und Sozialwissenschaftlern. Ende der siebziger Jahre beschloss der Studiengang Informatik an der TUB die Einrichtung einer Professur I&G, die 1984 dann mit einem Juristen besetzt wurde.

1986 wurde an der Universität Hamburg eine Hochschullehrer-Stelle, die von der Ausrichtung in der Lehre dem Gebiet I&G zugerechnet werden kann, mit einem Wirtschaftswissenschaftler besetzt. Im gleichen Jahr besetzte die Universität Bremen eine Professur für I&G mit einem Sozialwissenschaftler. 1990/91 wurden an der Universität Freiburg im Institut für I&G gleich drei Professuren besetzt: Mit einer theoretischen Informatikerin, einem Telematiker und einem Kognitionswissenschaftler. 1992 übernahm ein Kommunikationswissenschaftler eine Professur für I&G an der Universität Dortmund. Im gleichen Jahr erhielt ein Informatiker an der Universität GH Paderborn eine Professur für I&G. 1996 wurde an der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB) eine Professur für I&G ebenfalls mit einem Informatiker besetzt. An der Universität Tübingen gab es in den Jahren 1996 bis 1999 ein Fernstudium I&G, das 1999 bis 2001 von vier Seminaren zu diesem Themenfeld abgelöst wurde (Krause 2003). Beides wurde von Informatikern geleitet; für die Seminare lagen als Hintergrundmaterial Studententexte vor (Universität Tübingen 1999). Daneben haben an den Universitäten in Berlin, Bremen und Hamburg gelegentlich weitere Hochschullehrer Lehrveranstaltungen in I&G angeboten. Diese Aufzählung vermittelt einen Eindruck von der geringen Anzahl und den unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen der in diesem Fachgebiet angetretenen Personen.

Vom Ableben

Fragt man nach den Ursachen, warum es so still um I&G geworden ist, so lassen sich im Wesentlichen drei Gründe nennen:

- Marginalisierung des Faches durch deren Vertreter
- fehlender fachwissenschaftlicher Diskurs
- zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den Wirkungen von Informatik-Systemen.

Zu den Hochzeiten von I&G gab es insgesamt sieben Professuren für I&G (in Freiburg kann man gerechterweise nur eine diesem Themenfeld zuordnen). Es ist nicht bekannt, dass sich diese sieben Personen einmal gemeinsam getroffen haben, um einen Diskurs über ihr Fach in Forschung und Lehre zu führen, wie es beispielsweise die Softwaretechnik-Lehrenden regelmä-

ßig tun, über deren Fach ebenso unterschiedliche Auffassungen existieren wie über I&G. Bekannt hingegen ist, dass sich der erste Fachvertreter schon 2000 ohne Begründung aus diesem Fach verabschiedet und von da ab Medieninformatik im gleichen Fachbereich betrieben hat. Ihm folgte 2004 der Dortmunder Vertreter, der es vorzog, von nun ab an der Universität Bochum Angewandter Arbeitswissenschaft nachzugehen. Doch außer der Flucht aus dem Fachgebiet haben einige Fachvertreter auch andere Wege gefunden, das Fach zu marginalisieren: So werden in Hamburg mehrheitlich wirtschaftswissenschaftliche Themen behandelt. Der TUB-Vertreter betreibt in Lehre und Forschung nahezu ausschließlich Informationsökonomie und Regulierungstheorie. Nur an der HUB und in Paderborn finden im jährlichen Turnus Vorlesungen mit dem Titel I&G statt, deren Inhalte sich nur denen erschließen, die ein Passwort zu den Lehrmaterialien haben. Daneben werden an der HUB Lehrveranstaltungen zu Teilthemen von I&G und zu digitalen Medien angeboten. In Paderborn gehören die größeren Anteile von Lehre und Forschung jedoch den digitalen Medien. In Freiburg ist I&G zu Gender-Forschung und -Lehre mutiert.

Es wird hier keinesfalls bestritten, dass man die meisten dieser Themen durchaus I&G zurechnen kann. Die einseitige Ausrichtung hat jedoch zur Konsequenz, dass viele wichtige Themen brachliegen und Studierende an dieser Form von I&G das Interesse verlieren, wie die Zahl der Teilnehmenden an einigen Hochschulen belegt. Die Marginalisierung hat zusammen mit dem nicht stattfindenden fachwissenschaftlichen Diskurs und der frivolen Behauptung einiger „Kern“-Informatiker, sie würden die gesellschaftlichen Implikationen ihres Faches nun selbst behandeln, dazu geführt, dass aus Altersgründen frei werdende Stellen nicht mehr besetzt werden. So in Bremen geschehen und so auch in Freiburg. Oder sie führt – „die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los“ – zu einem Wiederbesetzungsvorschlag für eine Professur Informatik und Recht (TUB).

Über die Lehre aller Hochschullehrerinnen und -lehrer in I&G lässt sich kaum Verbindliches sagen, da keine Untersuchungen hierzu vorliegen. Allenfalls kann man konstatieren, dass es höchstens ein implizites gemeinsames Verständnis, jedoch keinen verbindlichen Kanon für dieses Fach gab und gibt. Gelegentliche Blicke ins Internet verriet die Heterogenität des Lehrangebots, das sich in erster Linie an den eigenen Interessen und der daraus resultierenden Forschung orientierte. Daran haben auch verschiedene Versuche, mittels Lehrbüchern oder -briefen den Inhalt und die Didaktik des Faches verbindlich zu beschreiben, nichts geändert. Steinmüller hat in seinem umfangreichen Werk (Steinmüller 1993) den Versuch einer theoretischen Fundierung von I&G gestartet. Obgleich das bislang profundeste Werk zum Themenfeld wurde dieser Anspruch nicht eingelöst, da Steinmüller in seinem Bemühen um Vollständigkeit aller fachlichen Aspekte und Perspektiven nahezu die gesamte Informatik und die Wissenschaftstheorie obendrein behandelt und sich dabei leider in den Verästelungen seiner Darstellung verloren hat. Nach wie vor ist dieses Buch jedoch ein Steinbruch, in dem auch heute noch abschnittsweise Interessantes zu entdecken ist. Als Beschreibung eines Kanons in I&G ist es allerdings untauglich.

Anders das als Lehrbuch beabsichtigte Werk von Friedrich/Herrmann/Peschek/Rolf (1995): Die Herausgeber starten gar nicht erst den Versuch einer theoretischen Fundierung oder einer Be-

gründung ihrer Themenauswahl. Dadurch, ebenso wie durch die Vielzahl der Autoren und durch die Heterogenität der Beiträge ist ein eklektizistisches Buch entstanden, das allenfalls als Beispiel taugt, wie man Lehrbücher nicht verfassen sollte; als kanonische Beschreibung von I&G ist es untauglich. Durch das Ausparen jeden theoretischen Anspruchs ist es gar unmoderner denn Steinmüllers Werk. Ähnliches gilt auch für den von Britta Schinzel herausgegebenen, anspruchsvoll getitelten Sammelband (Schinzel 1996).

Die Tübinger Studentexte Informatik und Gesellschaft (Universität Tübingen 1999) bewegen sich in der Auswahl der Themen und der zugrunde liegenden Idee in der Nähe des Buches von Friedrich, Herrmann, Peschek und Rolf, wobei einzelne Themen allerdings wesentlich fundierter und ausführlicher behandelt werden. Will man beispielsweise Ethik in der Informatik in der eigenen Lehrveranstaltung behandeln, bietet der dazugehörige Studententext eine sehr gute Grundlage. Der Impetus etlicher Texte ist dem des Buches von Friedrich, Herrmann, Peschek und Rolf verwandt: In aufklärerischer Haltung sollen die Studierenden der Informatik zu arbeitswissenschaftlichen Gestaltern werden, die in der späteren Berufspraxis bessere, sozial- und umweltverträglichere Systeme gestalten und nicht an solchen Systemen mitarbeiten, die ethisch nicht zu vertreten sind. Sie bilden somit leider inzwischen eine in Teilen veraltete Grundlage für entsprechende Lehrveranstaltungen ... für die, die in der Lage sind, dies auch didaktisch aufbereitet in Vorlesungen, Seminaren etc. umzusetzen.

Denn der verantwortlichen Projektgruppe wie dem wissenschaftlichen Beraterkreis scheint entgangen zu sein, dass bereits 1999 Informatiker mehr als nur Benutzungsschnittstellen und gute interaktive Systeme entwickelten: Mit dem Internet, dem WWW, den Systemen des e-Commerce, des ubiquitous computing etc. gestalten sie inzwischen gesellschaftliche Wirklichkeit und „pfuschen“ – gewollt oder ungewollt – den Juristen und Ökonomen ins traditionelle Handwerk. Mehr noch, sie stellen mit ihren Systementwicklungen die Juristen und Ökonomen vor Probleme, die diese mit ihren Mitteln kaum noch in den Griff bekommen.

Mit Mikropolis 2010 (Rolf 2007) legt ein Wirtschaftswissenschaftler zum zweiten Mal nach 1985 ein Buch zum Themenfeld I&G vor. Sichtlich bemüht diskutiert er Pros und Cons einer Vielzahl aktueller informatischer Entwicklungen. Der Vorsicht, seinen Aussagen zu Einsatzmöglichkeiten und Brauchbarkeit nur einen Haltbarkeitszeitraum bis 2010 zu geben, hätte es nicht bedurft: Es war schon 2007 technologisch veraltet. Statt einschlägige wissenschaftliche Quellen heranzuziehen, werden Artikel aus einer Wochenzeitschrift zitiert. Insgesamt hätte es dem Buch sicherlich nicht geschadet, wenn der Autor neben den vie-

len „einerseits und andererseits“ einmal einen, wie auch immer begründeten Standpunkt bezogen hätte.

Bemerkenswert am Studienbuch Informatik und Gesellschaft (Fuchs/Hofkirchner 2003), das im Umfeld des Instituts für Gestaltungs- und Wirkungsforschung der TU Wien entstanden ist, ist zunächst sein Umfang (441 Seiten im Lexikonformat) und sein Anspruch, dem Fachgebiet I&G eine einheitliche wissenschaftliche Begründung geben zu wollen. Erschienen ist es bei Books on Demand, was ihm sicherlich keine hohe Auflage beschert wird. Dies scheint aber zurzeit die einzige Möglichkeit zu sein, ein solches Buch zu publizieren, da sich Verlage wie Pearson und Springer weigern, Werke mit diesem Thema zu produzieren. Das Studienbuch besteht aus drei Teilen: Einem relativ kurzen, mit „Empirischem“ übertitelten, einem sehr langen, der sich mit „Theoretischem“ beschäftigt, und der insbesondere durch name-dropping auffällt. Hierin findet sich so ziemlich jeder Autor wieder, der sich irgendwann zum Verhältnis von Technik und Gesellschaft geäußert hat, oder mit dem Informatiker ihren bekannt selektiven Umgang gepflegt haben. Der mit „Praktischem“ betitelt dritte Teil besteht nur aus drei Seiten, auf denen die Autoren mit Hilfe von Teilhard de Chardin Informatiker in ihrem Glauben an eine bessere Welt bestärken wollen. Wiederum, wie schon bei Steinmüller, ein Steinbruch, in dem sich viele Pretiosen finden lassen, der aber ebenfalls weder zur kanonischen noch zur wissenschaftstheoretischen Begründung des Faches taugt.

Wie man (Lehr-)Bücher zum Thema I&G besser gestalten und mit zahlreichen wichtigen Publikationen die Öffentlichkeit so aufrütteln kann, dass ihre Stimmen auch von der Politik wahrgenommen werden, beweisen US-amerikanische Autoren wie Whitfield Diffie und Susan Landau (Diffie/Landau 1998) oder auch Sara Baase (Baase 2009).

Der fachwissenschaftliche Diskurs zu I&G hatte 1992 mit der Tagung „Informatik cui bono?“ (Langenheder/Müller/Schinzel 1992) unzweifelhaft seinen kurzzeitigen Höhepunkt. Von da ab gab es keine größere Tagung mehr, die Fachvertreter und Interessierte hätte zusammenbringen können. Fördermittel, wie sie durch das Programm Humanisierung des Arbeitslebens (BMFT 1986) bereitgestellt worden waren, aus denen sich I&G-Forschung finanzieren konnte, waren ausgelaufen; einschlägige Folgeprogramme, die auch den Diskurs befördern könnten, sind nicht vorhanden. Bemühungen um eine eigene Fachzeitschrift unter dem Dach der Gesellschaft für Informatik zerschlugen sich. Damit musste die FfF-Kommunikation diese Rolle übernehmen. Als Klagemauer für die Schlechtigkeiten, die Menschen mit Informatik-Systemen anstellen, hat sie sich bewährt. Als Plattform für den Diskurs über Inhalt, Didaktik und wissenschaftstheore-

Karl-Heinz Rödiger



Dr. Karl-Heinz Rödiger, geb. 1945; Professor für Informatik an der Universität Bremen, Fachbereich Mathematik/Informatik; Diplom und Promotion in Informatik an der Technischen Universität Berlin.

tische Grundlegung eines Faches I&G ist sie nicht in Anspruch genommen worden.

Ohne einen solchen Diskurs kann sich weder ein gemeinsames Verständnis über Lehrinhalte und deren didaktische Vermittlung, noch über Forschungsgegenstände und deren wissenschaftliche Begründung entwickeln. Ohne diese Auseinandersetzung um Sinn und Zweck des Faches ist es den Angriffen auf seine Berechtigung schutzlos ausgeliefert. Wenn in einer Diskussion unter Hochschullehrern über die Wiederbesetzung einer I&G-Stelle schnell einige Folien mit den Titeln von nationalen und internationalen Arbeitskreisen zum Themenfeld I&G vorgelegt werden; wenn dann auf einigen weiteren Folien anhand der Titel kurzerhand behauptet wird, was in den im Studiengang vertretenen Arbeitsgruppen schon behandelt wird, und wenn schließlich nach dem Motto „Ethik kann jeder“ der „Rest“ zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt wird, ist dem zurzeit wenig entgegenzuhalten. Es fehlen Inhalts- und Strukturbestimmung des Faches, die in einem fachwissenschaftlichen Diskurs hätten entstehen müssen.

So gesehen verhalten sich Wissenschaftler nicht anders als breite Teile der Bevölkerung: Die inzwischen alle Lebensbereiche umfassende Informatisierung der Gesellschaft hat zu einem gewissen Phlegma gegenüber deren negativen Wirkungen geführt. Rasterfahndung, Verletzung der Privatsphäre, Online-Durchsuchungen, durch ungenaue oder fehlerhafte Informatiksysteme verursachte sogenannte Kollateralschäden sind bedauerliche Betriebsunfälle; das Interesse daran hat eine Halbwertszeit von Tagen. Und wenn der Tobak einmal zu stark ist, wie beispielsweise bei der Vorratsdatenspeicherung, haben wir ja noch das Bundesverfassungsgericht, das die Kontrollwut von Grundrechtschändern in die Schranken weist. Wozu die ganze Aufregung um I&G? Wenn schon Winnenden nicht zur Verschärfung des Waffenrechts reicht, wieso dann mit dem Hinweis auf Deutsche Bahn, Lidl und Telekom profunde Lehre zum Thema I&G verlangen?

Mit dieser Gleichgültigkeit insbesondere der technischen Elite hat schon einmal alles angefangen. Wenn wir nicht wieder politische Verhältnisse wollen, in denen Informatik-Studierende nur danach fragen, „welches das optimale Mittel zur Verwirklichung eines vorgegebenen Zieles sei, ... wenn also die Frage nach den Zielen selbst vollkommen ausgeklammert bleibt und Studierende geradezu auf das festgelegt werden, was Max Horkheimer „instrumentelle Vernunft“ genannt hat, sind sie Sirenen gesungen einer Ideologie schutzlos ausgeliefert“ (Poser 2000).

Vom Wiederaufleben

Die Idee des Humanistischen Studiums war kein Einfall der Studierenden, schon gar nicht einer der anfangs noch nationalsozialistisch gesonnenen Wissenschaftler; es kam über die TUB par ordre du mufti. Danach erst kam die Einsicht, dann die Begeisterung, die – das belegt Arp (2001) – durch Köpfe, durch Persönlichkeiten hervorgerufen wurde. Die Informatik-Seminare sind in Zeiten der Studentenbewegung entstanden, in einer Zeit, in der Studierende Althergebrachtes (Humanistisches Studium) und Neues (Informatik) rigoros infrage gestellt haben. Heute sorgen sich Studierende zu Recht um ihre Noten und um ihre berufliche Perspektive.

Wir, die Lehrenden, schreiben ihnen vor, was sie studieren müssen, wenn sie Informatik gewählt haben. Wenn wir der instrumentellen Vernunft entgegenwirken, wenn wir keine „Fachidioten“ ausbilden wollen, müssen wir sie mit dem konfrontieren, was die Gesellschaft aus und mit Informatik-Systemen macht. Das muss, wie dereinst das Humanistische Studium, in Studien- und Prüfungsordnungen verankert werden. Die Lehre dazu ist keine Aufgabe von Laiendarstellern nach Feierabend; wissenschaftliche Lehre setzt wie in allen Disziplinen Forschung voraus. Solange das nicht von den Fachvertretern der theoretischen, der praktischen und der angewandten Informatik geleistet werden kann, müssen hierfür Professuren erhalten und neue geschaffen werden. Glaubhafte Lehre können nach der hier vertretenen Auffassung nur Persönlichkeiten mit einer Doppelqualifikation leisten: Qualifiziert in Informatik und in Ethik. Vieles in der bisher dargebotenen Lehre krankt daran, dass die Studierenden nicht dazu angehalten wurden, die Grenzen des Verantwortbaren in der Informatik auszuloten. Das aber war immer der Grundgedanke bei der Einrichtung der Informatik-Seminare. Kriterien für solche Grenzziehungen sind weder aus der Ökonomie noch aus der Jurisprudenz herzuleiten, sondern aus einer moralisch gefestigten Haltung.

Literatur

- Arp, J.: Das Humanistische Studium für Ingenieure an der Technischen Universität Berlin von 1948 bis 1968. Berlin 2001.
- Autorenkollektiv: 10 Jahre Fachbereich 20. Technische Universität Berlin, Berlin 1980.
- Baase, S.: A Gift of Fire – Social, Legal, and Ethical Issues for Computing and the Internet, 3rd ed., Upper Saddle River, NJ 2009.
- BMFT (Der Bundesminister für Forschung und Technologie): Programm: Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens. Bonn 1986 ff.
- BMWF (Der Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung): Empfehlungen zur Ausbildung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung. Bonn 1968.
- Brandt, P.: Wiederaufbau und Reform. Die Technische Universität Berlin 1945-1950. In: Rürup, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979, S. 495-522.
- Diffie, W. and S. Landau: Privacy on the Line: The Politics of Wiretapping and Encryption, Cambridge, MA 1998.
- Ebert, H.: Die Technische Hochschule Berlin und der Nationalsozialismus: Politische „Gleichschaltung“ und rassistische „Säuberungen“. In: Rürup, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979, S. 455-468.
- Ebert, H. und H.-J. Rupieper: Technische Wissenschaft und nationalsozialistische Rüstungspolitik: Die Wehrtechnische Fakultät der TH Berlin 1933-1945. In: Rürup, R. (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979, S. 469-491.
- Friedrich, J., T. Herrmann, M. Peschek und A. Rolf (Hrsg.): Informatik und Gesellschaft. Heidelberg 1995.
- Fuchs, C. und W. Hofkirchner: Studienbuch Informatik und Gesellschaft. Norderstedt 2003.
- König, W.: Nichttechnische Studienanteile in der Ingenieurausbildung – Ein historischer Überblick über die Entwicklung in Deutschland. In: Fricke, E. (Hrsg.): Interdisziplinäre Technikforschung und Ingenieurausbildung. Bonn 1992, S. 19-26.

Krause, D.: Abschlussbericht Praxisorientiertes Studium Informatik und Gesellschaft (PoStInG). www-pu.informatik.uni-tuebingen.de/iug/posting_bericht.pdf (25.5.2009).

Langenheder, W., G. Müller und B. Schinzel (Hrsg.): Informatik cui bono. GI-FB 8 Fachtagung. Freiburg, 23.-26. September 1992, Berlin 1992.

Poser, H.: Wissenschaft und Lehre – Wertfrei? – Max Weber und die Ingenieurwissenschaften. In: Melezinek, A. und R. Ruprecht (Hrsg.): Unique and Excellent. Ingenieurausbildung im 21. Jahrhundert. Alsbach 2000, S. 47-54.

Röbbecke, M.: Mitbestimmung und Forschungsorganisation. Baden-Baden 1997.

Rolf, A.: Mikropolis: Menschen, Computer, Internet in der globalen Gesellschaft. Marburg 2007.

Schinzel, B. (Hrsg.): Schnittstellen: Zum Verhältnis von Informatik und Gesellschaft. Braunschweig 1996.

Steinmüller, W.: Informationstechnologie und Gesellschaft. Einführung in die Angewandte Informatik. Darmstadt 1993.

Universität Tübingen – Wilhelm-Schickard-Institut für Informatik (Hrsg.): Tübinger Studientexte Informatik und Gesellschaft. Tübingen 1999.

Anmerkung

- 1 *Überarbeitete Fassung von Rödiger, K.-H.: Informationsgesellschaft in – Informatik & Gesellschaft out? In: GI Gesellschaft für Informatik (Hrsg.), Informatiktag – Fachwissenschaftlicher Informatik-Kongress, Leinfelden 2001, S. 25-33*

*erschienen in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fif.de*